

Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Finanzmärkte und Gemeinwohl – internationales Expertenkolloquium



Bundesbank-Vorstandsmitglied Carl-Ludwig Thiele begrüßt die Teilnehmer des Kolloquiums in der Hauptverwaltung der Bundesbank in Frankfurt. Auch Vorstandskollege Andreas Dombret nahm am Kolloquium teil.

Eine hochkarätig besetzte internationale Konferenz zur Reform der Finanzmarktregulierung hat der BKU im September in der Bundesbank in Frankfurt organisiert.

Veranstalter waren neben dem BKU der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden, die deutsche Kommission *Justitia et Pax* sowie die UNIAPAC Europa, der europäische Dachverband christlicher Unternehmerverbände. Auf ihre Einladung hin diskutierten namhafte Finanzmarktexperten aus Wissenschaft, Politik, Kirche, Verbänden und Finanzinstituten ein Grundsatzpapier des Päpstlichen Rates zur Ordnung der Finanzmärkte.

Im vergangenen Jahr hatte der Päpstliche Rat *Justitia et Pax* das Diskussionspapier „Towards Reforming the International Financial and Monetary Systems in the Context of a Global Public Authority“ veröffentlicht. Für die Vorstellung des Papiers konnte Kurienkardinal Peter Turkson gewonnen werden, der Präsident des Päpstlichen Rates. In seinem Papier fordert der Rat eine zusätzliche supranationale Institution, um in der globalisierten Welt nationalstaatliche Interessen zum

Ausgleich zu bringen. Denn in der globalisierten Welt bestünden komplexe Wechselwirkungen und Abhängigkeiten unterschiedlichster menschlicher Realitäten, sagte Turkson. Die Regulierung müsse an die Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst werden.

Die supranationale Institution solle unter anderem für die Geldpolitik und die Regulierung der Finanzmärkte zuständig sein und dafür sorgen, dass die Interessen aller Völker berücksichtigt werden. Zugleich solle sie für starkes, nachhaltiges und regional ausgewogenes Wachstum sorgen. Turkson betonte den Charakter des Vorschlags als Diskussionsbeitrag: der Päpstliche Rat sei offen für Kritik und die gemeinsame Weiterentwicklung der Ideen.



Die ehemalige Wirtschaftsweisen Betarice Weder di Mauro moderierte das Abschlusspanel des Kolloquiums. Rechts: Der ehemalige EZB-Chefvolkswirt Otmar Issing, der als Referent beitrug. Fotos: Bünnagel

Dieser Einladung folgten viele Teilnehmer. Zwar wurde durchweg anerkennend gewürdigt, dass sich die Kirche mit ökonomischen und finanzpolitischen Fragen befasst. „Sie geben die richtigen Antworten darauf, was die Welt in die aktuelle Krise geführt hat, und ergänzen wichtige Aspekte der Katholischen Soziallehre“, betonte etwa Sparkassenpräsident und BKU-Mitglied Georg Fahrenschon. So entspreche es nicht dem Personalitätsprinzip, sich hinter Algorithmen zu verstecken, statt Verantwortung zu übernehmen. Es widerspreche dem Solidaritätsprinzip, Bankerfolg anhand kurzfristiger Erfolge zu bewerten, statt das langfristige Wohl der Kunden in den Vordergrund zu stellen.

Fahrenschon betonte jedoch insbesondere auch das Subsidiaritätsprinzip. Wo möglich müsse Verantwortung auf niedrigeren regionalen Ebenen belassen werden. Werde von hoher Ebene nach unten regiert, stiegen die Risiken. Dementsprechend stand er dem Vorschlag einer globalen Finanzinstitution wie die meisten Teilnehmer kritisch gegenüber. Statt sich auf die Stärkung internationaler Strukturen zu konzentrieren sei es wichtig, die „base line“ zu stärken. Ein neues einheitliches Instrument für alle Märkte missachte unterschiedliche Regulierungserfordernisse: Für unterschiedliche Regionen,

unterschiedlich aufgestellte Akteure und Produkte.

Auch Thorsten Polleit, Chefökonom der Degussa Goldhandel, betonte Vorteile des Ideenwettbewerbs von Institutionen und des Wettbewerbs von Währungsregionen. „Eine globale Institution hilft uns nicht weiter. Entscheidend ist, dass wir das Problem des ‚Fiat Money‘ in den Griff bekommen“, betonte er: Geld, das weder materiellen Wert habe, noch durch materielle Werte gedeckt sei. Der Trend zu diesen Bankprodukten verursache Fehlinvestitionen und Inflation.

Otmar Issing äußerte Bedenken zur Legitimation einer globalen Regulierungsinstanz: „Alles andere als eine diktatorische Institution würde nicht funktionieren.“ Dass solch eine Institution ein Wohlfahrtsziel definiere und durchsetze wecke in ihm Alpträume, nicht Hoffnungen. Die globalen Herausforderungen seien national oder in regionalen Zusammenschlüssen wie der EU zu lösen. UNIAPAC-Director Eduardo Aninat, ehemals chilenischer Finanzminister und stellvertretender Managing Director des Internationalen Währungsfonds, teilte hingegen die Notwendigkeit einer starken globalen Instanz zum Ausgleich der Interessen unterschiedlicher Staaten und Regionen. Die bestehenden Institutionen seien jedoch hinreichend. Aninat



Der stellvertretende BKU-Vorsitzende und UNIAPAC-Europa-Präsident Burkhard Leffers mit Phillipe Mine vom französischen Schwesterverband EDC, Dr. Onno Ruding, ehemals UNIAPAC International-Präsident und niederländischer Finanzminister, sowie Josef Vanco, Präsident des slowakischen Schwesterverbandes, mit seiner Frau (v.r.). Auf Einladung der UNIAPAC trugen zahlreiche internationale Experten zum Kolloquium bei.

warb für ein stärkeres Mandat eines reformierten IWF. Entscheidend sei ein stärkeres politisches Gewicht.

Angesichts der Vorbehalte, die dagegen geäußert wurden, warb die Mainzer Professorin und ehemalige Wirtschaftsweisse Beatrice Weder di Mauro dafür, die internationale Zusammenarbeit des IWF mit den Nationalbanken zu verbessern, statt einen „Superdinosaurier“ zu schaffen. Ein stärkeres politisches Gewicht könne der IWF durch Einbringung von mehr nationalem Gewicht erhalten - etwa indem dort häufiger die Minister zusammenkämen, schlug sie vor. Statt globaler Integration sei die gemeinsame Beschaffung, Sichtung und Be-

wertung von Informationen ein vielversprechender Weg.

So unterschiedlich die Forderungen hinsichtlich der Definition globaler Wohlstandsziele und geeigneter Institutionen auseinandergingen, so einmütig waren sie hinsichtlich einer Renaissance von Verantwortungsbewusstsein aller Akteure: An den Finanzmärkten und in der Politik, die angesichts der hohen Verschuldung vieler Staaten eine problematische Doppelrolle als Regulierer und Schuldner einnehme. So forderte Dr. Onno Ruding, ehemaliger niederländischer Finanzminister und Mitglied des Päpstlichen Rates, mehr ethische Inhalte in der Ausbildung. Erforderlich seien jedoch zugleich Anreizsysteme, die das Spannungsverhältnis zwischen Eigeninteresse und Moral auflösten, hob Professor Dr. Andreas Suchanek vom Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik hervor. „Wir dürfen von niemandem erwarten, gegen sein Eigeninteresse zu handeln.“ Noch besser sei daher ein System, das nicht auf ethisches Handeln angewiesen sei, betonte Professor Dr. Jan Pieter Krahen, Direktor des Center for Financial Studies in Frankfurt. Für die Banken forderte er beispielhaft die Hinterlegung von ausreichend Eigenkapital außerhalb der Banken.

Vera Bünnagel



Kardinal Peter Turkson, Präsident des Päpstlichen Rates *Justitia et Pax*, im Gespräch mit BKU-Geschäftsführer Martin J. Wilde und Sparkassenpräsident und BKU-Mitglied Georg Fahrenschon (v.l.).